

öffentlich



Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Postfach 31 67 · D-65021 Wiesbaden

Ausschussvorlage INA/18/93

Geschäftszeichen:
II 3 03 a 14 09

Dst. Nr. 0005
Bearbeiter/in Herr Dr. Wagner
Durchwahl (06 11) 353 1694
Telefax: (
Email: roland.wagner@HMDIS.hessen.de
Ihr Zeichen
Ihre Nachricht

Datum 26. Oktober 2012

Bericht

**zu dem Berichts Antrag der Abg. Dorn und Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Fraktion
betreffend mögliche Verbindungen zwischen Burschenschaften und NPD sowie anderer rechtsextremer Gruppierungen in Hessen
Drucks. 18/5949**

Vorbemerkung der Fragesteller:

Aus dem Protokoll der Anhörung des Innenausschusses des Hessischen Landtags zum Thema Rechtsextremismus im Jahr 2007 geht hervor, dass der hessische Verfassungsschutz zu diesem Zeitpunkt einige hessische Burschenschaften „im Blickfeld“ hatte, darunter die Rheinfranken in Marburg. Die Gießener Burschenschaft Dresdensia-Rugia taucht in den Verfassungsschutzberichten für 2005 und 2006 als rechtsextremistische Organisation auf. Zudem ist bekannt, dass mehrere Mitglieder der Dresdensia-Rugia damals auch Mitglied der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) waren.

So gibt es immer wieder Hinweise auf Verflechtungen von hessischen Burschenschaften bzw. deren Mitglieder mit der NPD oder anderen rechtsextremistischen Gruppierungen. Auch aktuelle Beispiele sind zu verzeichnen: Der „Oberhessischen Presse“ vom 12.10.2011 war zu entnehmen, dass Arne Schimmer, NPD-Abgeordneter im Sächsischen Landtag, am 21.10.2011 einen Vortrag auf dem Haus der Dresdensia-Rugia halten solle. Pierre Krebs, in den 80er und 90er Jahren führender Theoretiker der neuen Rechten, sollte am 24.11.2011 auf dem Haus der Marburger Germania sprechen. Dieser Vortrag wurde aufgrund des öffentlichen Drucks nach Bekanntwerden der Mordserie der neonazistischen Zwickauer Terrorzelle kurzfristig abgesagt.

Außerdem war in der Anhörung von 2007 die Sensibilisierung von Lehrpersonal und Schülern an Gymnasien für rechte Burschenschaften Thema. Es wurde problematisiert,

dass manche Burschenschaften intensiv an Schulen und in Abiturzeitungen für sich werben. Auf der Internetplattform Youtube stellen z.B. die Marburger Rheinfranken Videomitschnitte von Veranstaltungen ins Internet und werben im Begleittext für Ihre Angebote für Schüler und angehende Studenten.

Alle hier genannten Burschenschaften sind Mitglied des Dachverbandes Deutsche Burschenschaft.

Vorbemerkung des Ministers des Innern und für Sport:

Die Bekämpfung von Extremismus und politisch motivierter Gewalt jeglicher Ausprägung hat bei der Landesregierung höchste Priorität und wird von ihr als zentrale Aufgabe wahrgenommen. Polizei und Verfassungsschutz in Hessen setzen dabei klare Schwerpunkte in der frühzeitigen, konsequenten und nachhaltigen Bekämpfung gerade von Rechtsextremismus. Darüber hinaus haben die Präventionsbemühungen aller involvierten Ressorts eine zentrale Bedeutung.

Ein elementarer Bestandteil dieser nachhaltigen Bekämpfung ist es, die bestehenden und möglichen Vernetzungen rechtsextremer Gruppierungen frühzeitig zu erkennen und zu verhindern. Dies gilt fraglos auch für den Bereich der Burschenschaften. Dennoch sollte sorgfältig zwischen den einzelnen Organisationen unterschieden werden. Eine pauschale Betrachtung ist hier, wie in jedem Phänomenbereich, nicht zielführend. Auf eine Aufschlüsselung der einzelnen Mitglieder bzw. der einzelnen Burschenschaften in den jeweiligen Antworten muss aufgrund des Daten- und Quellenschutzes verzichtet werden.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, nehme ich zu dem Berichtsantrag wie folgt Stellung:

- 1. Stuft die Landesregierung a) die Deutsche Burschenschaft (DB) oder b) einzelne Mitgliedsburschenschaften der DB als rechtsextremistisch ein? Wenn ja, mit welcher Begründung? Wenn nein, warum nicht?**

Der bundesweite Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ (DB), dem etwa 120 Burschenschaften angehören, wird seitens der Verfassungsschutzbehörden nicht als rechtsextremistisch bewertet. Es liegen keine hinreichenden Anhaltspunkte dafür vor, dass der Dachverband Bestrebungen verfolgt, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Teile der DB stehen in der Tradition völkischen Denkens, engagieren Rechtsextremisten als Redner oder beherbergen Rechtsextremisten in eigenen Reihen. Nur die Bewertung und Beobachtung einzelner regionaler Bünde obliegt den Ländern.

- 2. Stuft die Landesregierung die Gruppierung „Burschenschaftliche Gemeinschaft“, die innerhalb der Deutschen Burschenschaft besteht, als rechtsextremistisch ein? Wenn ja, mit welcher Begründung? Wenn nein, warum nicht?**

Der 1961 in München gegründeten bundesweiten „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“ (BG) gehören nach eigenen Angaben 44 Mitgliedsbünde an, von denen 41 Mitglieder der DB sind. Darunter befinden sich keine Mitgliedsbünde aus Hessen. Hinreichende Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung liegen bislang nicht vor.

3. Wurden von 2007 bis heute Mitgliedsburschenschaften der DB oder Mitglieder hessischer Burschenschaften durch den hessischen Verfassungsschutz beobachtet? Mit welcher Begründung? Wenn ja, warum wird dies z.B. im Verfassungsschutzbericht 2010 nicht erwähnt?

Im genannten Zeitraum wurden bzw. werden durch das LfV Hessen einzelne hessische Burschenschaften, die dem Dachverband angehören, beobachtet. Dies erfolgt einerseits, weil bei ihnen Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen gegeben sind, andererseits aber auch, um zunächst zu überprüfen, ob tatsächliche Anhaltspunkte für solche Bestrebungen vorliegen. Über Gruppierungen, bei denen lediglich „tatsächliche Anhaltspunkte“ für extremistische Bestrebungen vorliegen, darf das LfV Hessen auf Grundlage des § 9 Abs. 3 des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV-Gesetz) nicht berichten. Für eine Erwähnung im Verfassungsschutzbericht fordert die Rechtsgrundlage vielmehr erwiesene Bestrebungen einer Gruppierung, wobei nach ständiger Rechtsprechung auch dann die Entscheidung über die Erwähnung eines Beobachtungsobjekts unter dem Maßstab des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zu treffen ist.

4. Hat die Landesregierung Informationen über Verbindungen bzw. Kontakte zwischen hessischen Burschenschaften oder deren Mitgliedern und Verbänden oder Kadern der NPD? Wenn ja, welche Verbindungen bestehen?

Es liegen Erkenntnisse über Verbindungen bzw. Kontakte zwischen hessischen Burschenschaften und der NPD vor. Einzelne Mitglieder der NPD gehören zugleich zu der „Aktivitas“ oder den „Alten Herren“ einer Burschenschaft. In anderen Fällen gibt es Hinweise auf Teilnahmen von NPD-Mitgliedern an Veranstaltungen hessischer Burschenschaften. Teilweise werden NPD-Mitglieder auch zu Vorträgen eingeladen.

5. Stehen hessische Burschenschaften oder deren Mitglieder in Kontakt oder Verbindung mit neonazistischen Vereinen, Kameradschaften oder anderen rechtsextremen Personenzusammenschlüssen? Wenn ja, um welche Bur-

schenschaften und rechtsextreme Zusammenschlüsse handelt es sich und welcher Art sind die Verbindungen zwischen ihnen? (Bitte aufschlüsseln)

Bei fünf hessischen Burschenschaften liegen Hinweise darauf vor, dass sie im Kontakt mit rechtsextremistischen Gruppierungen stehen. Hier handelt es sich um Einladungen einzelner Rechtsextremisten, die als Referenten bei burschenschaftlichen Veranstaltungen auftreten. In der Vergangenheit traten beispielsweise Neonazis wie der 2009 verstorbene Jürgen Rieger bei Vortragsveranstaltungen auf. Ebenso gibt es immer wieder Hinweise darauf, dass Vertreter des „intellektuellen Rechtsextremismus“ oder der sogenannten „Neuen Rechten“¹ von hessischen Burschenschaften als Referenten eingeladen werden.

In Einzelfällen werden auch Burschenschaftsmitglieder dem neonazistischen Spektrum zugerechnet bzw. sind der Landesregierung aus rechtsextremistischen Zusammenhängen bekannt. Aus operativen Gründen sind hierzu öffentlich keine weiterführenden Ausführungen möglich.

6. Arbeiten hessische Burschenschaften oder einzelne ihrer Mitglieder mit rechten Medien (z.B. Deutsche Stimme (Parteiorgan der NPD), Nationalzeitung, Junge Freiheit, Nation & Europa) zusammen, bzw. für diese Medien? Wenn ja, bitte aufschlüsseln.

In der Vergangenheit wurden durch hessische Burschenschaften vereinzelt rechtsextremistische Medien für Inserate genutzt oder Referenten zu Vortragsveranstaltungen geladen, die dem rechtsextremistischen Medien- und Verlagsspektrum zuzuordnen sind. Eine direkte bzw. konkrete Zusammenarbeit von hessischen Burschenschaften mit rechtsextremistischen Medien bzw. für diese ist bislang nicht bekannt geworden.

¹ Bei der Neuen Rechten handelt es sich um eine innerhalb des intellektuellen Rechtsextremismus vorherrschende Strömung, die in den 70er Jahren in Frankreich entstand (Nouvelle Droite) und seit den 80er Jahren auch in Deutschland propagiert wurde und wird. Zentral ist eine anti-aufklärerische Grundhaltung. Dem vermeintlichen kulturellen Niedergang infolge von Liberalismus, Vereinzelung, „Multikulti“ u.ä. wird zum einen ein autoritäres, elitäres Staatsverständnis entgegen gesetzt, zum anderen ein völkisches, national-utopisches Denken. Durch ethnisch homogene Völker bzw. Nationen soll zu einem vermeintlichen reinen Ursprung zurückgekehrt und eine „gesunde“ Gesellschaft erreicht werden (teilweise soll dies im nationalen Rahmen realisiert werden, teilweise in einem gesamt-europäischen Kulturraum). Die Neue Rechte bezieht sich dabei auf bestimmte Theoretiker der Weimarer Republik (häufig auch unter dem Begriff „Konservative Revolution“ zusammen gefasst) und weniger auf den historischen Nationalsozialismus (bis hin zu einer expliziten Abgrenzung von letzterem). Anders als etwa neonazistische Gruppierungen geht es Vertretern der Neuen Rechten weniger darum, durch (Gewalt-)Aktionen auf ihre politischen Ziele aufmerksam zu machen – sie streben vielmehr nach Meinungsführerschaft und einer Beeinflussung der politischen Kultur der Bundesrepublik, die letztlich in einer Kulturrevolution münden soll. Konkret erfolgt dies durch publizistische Tätigkeiten, Vorträge, intellektuelle Vereinigungen, Institute, Verlage u.ä. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Wochenzeitung „Junge Freiheit“, das Thule-Seminar des Pierre Krebs und das Institut für Staatspolitik.

7. Wie viele Mitglieder hessischer Burschenschaften sind auch Mitglieder in rechtsextremistischen Vereinigungen? (Bitte aufschlüsseln)

Bei einzelnen Mitgliedern liegen Erkenntnisse über die Zugehörigkeit zu rechtsextremistischen Vereinigungen vor. Aus operativen Gründen sind hierzu öffentlich jedoch keine weiterführenden Ausführungen möglich.

8. Wie viele Führungspersonen oder Mitglieder der NPD sind aktive Mitglieder in hessischen Burschenschaften und/oder Alte Herren? (Bitte aufschlüsseln)

Auch bezüglich einzelner Parteimitglieder der NPD sind Mitgliedschaften in hessischen Burschenschaften bekannt. Allerdings sind auch in diesem Punkt aus operativen Gründen öffentlich keine weiterführenden Ausführungen möglich.

9. Hat die Landesregierung seit dem Jahr 2007 Veranstaltungen (Kongresse, Tagungen, Seminare) der „Deutschen Burschenschaft“ oder ihrer Mitgliedsbünde aus Landesmitteln gefördert? Wenn ja, a) in welcher Höhe, b) welche Veranstaltungen?

Eine Förderung von Veranstaltungen der DB durch die Hessische Landesregierung seit dem Jahr 2007 erfolgte nicht.

10. Liegen aktuelle Anträge auf Finanzierung durch Landesmittel vor?

Der Landesregierung liegen keine derartigen Anträge vor.

11. Haben Vertreterinnen oder Vertreter der Landesregierung oder von Landesministerien in den letzten 5 Jahren Grußworte an die Teilnehmer von Veranstaltungen hessischer Burschenschaften oder der Deutschen Burschenschaft gerichtet?

Herr Ministerpräsident a. D. Koch hat zum 150-jährigen Jubiläum der Frankfurt-Leipziger Burschenschaft Arminia am 15. Juni 2010 ein schriftliches Grußwort übermittelt. Darüber hinaus hat der stellvertretende Ministerpräsident und Minister der Justiz, für Integration und Europa am 18. Juni 2011 auf einer Veranstaltung einer hessischen Burschenschaft gesprochen. Er hielt eine ca. 20 - 25-minütige Festrede auf dem Verbandstag der „Neuen Deutschen Burschenschaft“ ausgerichtet von der Burschenschaft Frankonia in Gießen. Die „Neue Deutsche Burschenschaft“ hat sich allerdings bereits

im Jahr 1996 von der „Deutschen Burschenschaft“ abgespalten.

12. Klären die hessischen Beratungs- und Präventionsangebote gegen Rechtsextremismus (insbesondere in Universitätsstädten) an Schulen und Universitäten auch über rechte Burschenschaften bzw. das Verbindungswesen auf?

Es bestehen überwiegend ressortübergreifende Landesprogramme wie das Aussteigerprogramm „IKARus“ (seit 2002) sowie das seit 2007 aktive „beratungsNetzwerk hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ (gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). Diese werden unter Einbeziehung zahlreicher staatlicher Institutionen sowie öffentlicher und freier Träger gegen Rechtsextremismus stetig fortentwickelt.

Mit dem „beratungsNetzwerk hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ ist es gelungen, ein flächendeckendes Angebot der Beratung im Problemfeld Rechtsextremismus, das rechte Burschenschaften einschließt, in Hessen zu etablieren und kontinuierlich fortzuentwickeln. Zur Festigung der rechtsstaatlichen Kultur unter Jugendlichen werden unter anderem Vortragsveranstaltungen durchgeführt. Das Beratungsnetzwerk arbeitet gemäß den Leitlinien des Bundesprogrammes TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN (Schwerpunkt Beratungsnetzwerke) grundsätzlich intervenierend, d. h. die Beratungstätigkeit erfolgt anlässlich von Anfragen durch potenziell Betroffene. Seit Programmstart in Hessen erfolgte noch keine spezielle Beratung im Zusammenhang mit rechten Burschenschaften.

Für mögliche Fälle steht dem „beratungsNetzwerk hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ mit Frau Dr. Alexandra Kurth, Justus-Liebig-Universität Gießen, allerdings eine bundesweit renommierte Expertin zum Thema Burschenschaften als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Frau Dr. Kurth wurde bereits als Expertin im Innenausschuss des Hessischen Landtags anlässlich der öffentlichen mündlichen Anhörung am 10.11.2010 gehört. Hintergrund war der Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Gewalt und Extremismus in Hessen, Drucksache 18/2343.

Darüber hinaus wurden - neben „IKARus“ und dem „beratungsNetzwerk hessen“ - durch das seit Ende 2009 als hessisches Modellprojekt „Rote Linie – Hilfen zum Aus-

stieg vor dem Einstieg" (gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds) umgesetzte Xenos Sonderprogramm die bereits bestehenden und bewährten Landesprogramme weiter ausgebaut. Hierdurch werden die Angebote von Jugendarbeit, Elternberatung sowie Ausstiegshilfen gebündelt sowie kompetente Informationen, Beratung und Fortbildungen angeboten.

Ein besonderes Augenmerk richtet das Projekt auf das systematische Ausarbeiten von Kriterien, unter deren Voraussetzung Ausbildungsbetriebe als eine Ressource für die Intervention bei rechtsaffinen Jugendlichen gewonnen werden können. In diesem Zusammenhang besteht das Ziel, bei Bedarf ausstiegswillige Jugendliche an (Ausbildungs-)Betriebe mit dem Angebot einer weiteren Betreuung und Begleitung der Jugendlichen durch das Modellprojekt zu vermitteln.

Bezüglich der Förderung des Modellprojekts „Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg" wurde durch das HMdIS zwischenzeitlich ein Verlängerungsjahr (bis 31.10.2013) beantragt.

Des Weiteren besteht im Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) ein Kompetenzzentrum Rechtsextremismus (KOREX). Dieses bereitet das Fachwissen des LfV über den Rechtsextremismus gezielt für die Präventionsarbeit auf. Öffentliche oder zielgruppenspezifische Vorträge gehören dabei ebenso zum Aufgabenspektrum des Kompetenzzentrums wie die Erstellung von Themenbroschüren und die intensive Beratung von Verantwortungsträgern. Umfasst sind dabei auch Bezüge von Rechtsextremisten zu Burschenschaften.

Zudem erfolgen als Bestandteil des „Hessischen Maßnahmenprogramms zur Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität -rechts-" insbesondere **vor** beabsichtigten Veranstaltungen von rechten Burschenschaften Kontaktaufnahmen zu den jeweils Verantwortlichen. Darüber hinaus werden die in Hessen bestehenden „Richtlinien für den Einsatz bei Versammlungen, Musik- und sonstigen Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene" stringent umgesetzt.

Auch im schulischen Unterricht wird präventiv auf der Basis des hessischen Schulgesetzes (HSchG) und der Kerncurricula demokratisches Handeln vermittelt und Rechts-

extremismus mit seinen unterschiedlichen Facetten fachbezogen behandelt. Der schulische Unterricht wird dabei durch unterschiedliche präventive Projekte für die Schulen, wie z.B. „Gewaltprävention und Demokratielernen“, unterstützt.

An den Universitäten existiert eine etablierte Kultur in der Auseinandersetzung mit rechten Burschenschaften. Insbesondere die Zielgruppe der Erstsemester wird seitens der Studentenvertretung sowie durch Initiativen gegen Rechtsextremismus im Rahmen von Informationsveranstaltungen, durch Plakate und Flyer über rechte Burschenschaften frühzeitig informiert.

13. Liegen der Landesregierung Kenntnisse darüber vor, inwieweit hessische Burschenschaften an Schulen für sich oder für ihre speziell an Schüler gerichteten Angebote werben? Wenn ja, bitte aufschlüsseln.

Der Landesregierung sind keine Werbeaktionen von hessischen Burschenschaften an Schulen bekannt.

14. Liegen der Landesregierung Kenntnisse darüber vor, wie viele an Burschenschaften angeschlossene sogenannte „pennale Burschenschaften“, d.h. Schülerverbindungen in Hessen existieren? Wenn ja, bitte aufschlüsseln.

Der Hessischen Landesregierung ist lediglich die Existenz einer Schülerverbindung in Kassel bekannt. Sie richtet sich an männliche Schüler ab 15 Jahren. Werbende Aktivitäten dieser Verbindung in Gymnasien sind jedoch nicht bekannt.

gez.

(Rhein)

Staatsminister